



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. März 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

38.

Punkt 39 der Tagesordnung: Service- Jugend- und Sozialbehörde verbessern **Anfrage: KULT** **Vorlage: 2019/0177**

Beschluss:

Verwiesen in den Jugendhilfeausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 39 zur Behandlung auf.

Stadtrat Haug (KULT): Die Geschwisterkindermäßigung ist eine tolle Sache, für Familien mit geringem Einkommen auch eine enorme finanzielle Entlastung. Werden unterschiedliche Träger besucht, ist eine Beitragsrückerstattung erst gegen Ende des Schuljahres vorgesehen. Dies wiederum ist für Familien mit geringem Einkommen eine starke Belastung und führt möglicherweise dazu, dass erst gar kein Betreuungsplatz gesucht wird. Die vierteljährliche Auszahlung ist ein erster Schritt. Diese Möglichkeit muss allerdings auch prominent auf der Homepage beworben werden, denn wie gesagt, am Ende fangen viele erst gar nicht an, einen Betreuungsplatz zu suchen, wenn sie keine Kenntnis von der Möglichkeit haben. Wäre hier nicht mehr Flexibilität möglich? Wer einen Betreuungsplatz annimmt, unterschreibt einen Betreuungsvertrag, egal ob bei einer Kindertagespflege, einer Krippe, einer Kita oder einem Hort. Dieser legt eine monatliche Zahlung fest, anhand dieses Vertrages sollte eine monatliche Rückerstattung möglich sein. Am Ende des Jahres müssen die geleisteten Zahlungen nachgewiesen werden, eventuelle Fehlbeträge auf beiden Seiten werden dann ausgeglichen, Veränderungen - Meldepflicht an die Stadt. Wie bei den Stadtwerken nur anders herum. Beim entsprechenden Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger sollte so eine Lösung doch denkbar sein. Die Antwort zu unserem zweiten Punkt, mit einem aufgeschlüsselten Bescheid zu den Betreuungs- und Pflegekosten, gefällt uns allerdings nicht wirklich. Kann es wirklich sein, dass das Abrechnungssystem der Stadt nicht in der Lage ist, einen entsprechenden Bescheid herauszugeben, wo doch selbst Träger, die

bundesweit Kitas mit ähnlich viel Betreuungsplätzen haben, dazu in der Lage sind? Zumal die Betreuungskosten in städtischen Einrichtungen, je nach Betreuungsart, immer gleich sind. Eine zeitnahe Lösung sollte schnellstmöglich gefunden werden. Ich habe noch eine Nachfrage, was sind dringende Einzelfälle?

Stadtrat Krug (CDU): Ich kann mich den Konsensbemühungen meines Kollegen Dirk Müller gegenüber der KAL nur anschließen. Wir finden das Anliegen berechtigt, aber auch die Antwort der Stadtverwaltung ist im Großen und Ganzen angemessen. Sie haben selbst genannt, dass die dreimonatige Möglichkeit betont wird und verbessert werden soll. Wenn die Entwicklung bei dem Umbau der Beitragsumgestaltung und der Beitragsreduzierung, was wir fast alle im Kitabereich vorhaben, dann auch zu einem verbesserten Service für die Sorgeberechtigten mit Bedarf an einem Nachweis führt und dies zeitnah, dann klingt das für uns vernünftig. Ich nehme an, dass wir dann beide diesen Antrag in diesem Zustand für erledigt erachten.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich finde das Anliegen sehr berechtigt, sehe uns jetzt aber nicht in der Lage, das im Gemeinderat zu diskutieren. Ich möchte, dass schnellstmöglich im Fachausschuss eine Lösung gefunden wird. Ich muss jetzt nicht alles wiederholen, aber mich hat die Handhabung schon etwas entsetzt. Ich habe mir das etwas leichter vorgestellt.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich war über das Verfahren auch etwas erstaunt, darüber wusste ich bislang nichts. Das Anliegen muss sicher noch mal intensiver überprüft werden. Ich meine, die Stadtverwaltung hat jetzt auch argumentiert mit den personellen Ressourcen, die aktuell nicht zur Verfügung stehen, aber in Aussicht gestellt, dass man auch gerade bei Punkt 2 Verbesserungen erreichen kann, aber jetzt hier abzustimmen, finde ich nicht passend. Die Antwort ist aus aktueller Sicht durchaus schlüssig, aber ich schließe mich da der Kollegin Fischer an, dass es noch mal im Fachausschuss erörtert wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Als ich den KULT-Antrag das erste Mal gelesen habe, habe ich gedacht, dass er hoffentlich überflüssig ist. Erst als ich die Antwort der Verwaltung gelesen habe, habe ich verstanden, dass der Antrag offensichtlich doch notwendig war. Auch wenn KULT nicht gewusst hat, dass die Erstattung nicht nur jährlich, sondern auch vierteljährlich möglich ist, ist es richtig, dass man einen besseren und moderneren Service von der Verwaltung erwarten könnte. Aber zu Ihnen, Herr Oberbürgermeister, wir hören noch einmal Worte wie hoher Verwaltungsaufwand und hohe personelle Ressourcen, diese Klage hören wir in jeder Gemeinderatssitzung. Hier muss der Gemeinderat dann noch einmal wiederholen, dass man diese Klage nicht an uns, sondern an die verantwortlichen Bürgermeister richten soll. Ich kann nicht beurteilen, wie verbreitet die Digitalisierung in der Verwaltung ist, aber eine monatliche Abrechnung zu machen, um relevante Steuerunterlagen auszustellen, ist wahrscheinlich keine besonders große Herausforderung für eine ganz normale Softwarefirma. Letztlich wird es doch überall im privaten Sektor benutzt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Natürlich kann man den Antrag verstehen, allerdings muss man auch die Stadtverwaltung verstehen, die versucht ihre Abläufe zu optimieren. Denn wenn wir für jeden Einzelfall die optimale Lösung haben wollen, brauchen wir dafür viel mehr Leute, und das kostet das Geld aller Bürger, das dürfen wir hier als Gemeinderat nicht vergessen. Wenn wir Service wollen, brauchen wir dafür mehr Leute. Frau Schmidt, die sich um diese Anträge kümmert, leistet aus meiner Erfahrung gute Arbeit. Aber wenn

nur eine Person damit beschäftigt ist, kann man nicht erwarten, dass jeden Monat für einzelne Leute eine Abrechnung gemacht wird. Die Stadtverwaltung ist doch auf einem guten Weg, die Rechnungslegung zu digitalisieren. Es wird die e-Akte und die e-Rechnung eingeführt, lassen Sie uns doch gemeinsam einfach abwarten, bis diese Systeme eingeführt sind, und wir werden sehen, dass sich dann Möglichkeiten bieten, wie man so eine monatliche Abrechnung mit wenig Aufwand realisieren kann. Es kann nicht sein, dass wir eine Sache, die schon seit Jahren sehr gut läuft und im Detail auch gar nicht so einfach ist, mal schnell umstrukturieren. An der Stelle noch mal herzlichen Dank für die Geschwisterkindlösung, die für viele Familien sehr wichtig ist. Es geht nicht nur um städtische Einrichtungen, sondern auch um kirchliche Einrichtungen. Jede Einrichtung ist etwas anderes, es werden andere Sätze fällig. Es ist eine komplexe Geschichte, lassen Sie uns das doch einfach beibehalten bis die e-Akte und die e-Rechnung funktionieren, und dann denke ich, kann man das ganze mit relativ wenig Aufwand umsetzen.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne den Vorschlag aufgreifen, das im Jugendhilfeausschuss, verknüpft mit den Beitragsdiskussionen, die wir im Mai auch noch bekommen, weil wir es im Herbst einführen wollen, aufzurufen. Herr Stadtrat Høyem, Sie haben grundsätzlich recht, dass Sie diese Sätze hier für nicht gut heißen. Es ist aber wichtig, Sie darauf hinzuweisen, dass wenn Sie heute beschließen würden, dass wir die Erstattung monatlich einführen, wir es aktuell nicht mit dem vorhandenen Personal umsetzen könnten. An einer Stelle, Herr Stadtrat Haug, sehe ich es etwas anders. Ich glaube nicht, dass dieses Verfahren, das für die Eltern sicherlich erst mal eine umständliche Belastung darstellt, dazu führt, dass wir jetzt weniger Kindergartenanmeldungen hätten, also den Nachweis, glaube ich, können Sie nicht erbringen, es ist eine Vermutung. Ich persönlich glaube das nicht, denn dann müssten wir eigentlich eklatant weniger Nachfragen haben als andere Städte, und das sehe ich nicht. Aber auch diese Frage, ist es richtig, dass wir Eltern erst etwas zahlen lassen und dann erstatten wir es wieder, ich halte das psychologisch für keinen schlechten Weg. Ich halte es für schwieriger, von Anfang an zu sagen, es ist umsonst. Das ist eine völlig andere Geschichte. Die ist aber angesichts der Trägervielfalt eigentlich der einzige Weg, bestimmte Dinge vernünftig umzusetzen, und das kommt alles in diese Beitragsdiskussion. Wenn wir schrittweise an die Beitragsfreiheit herangehen, werden genau diese Fragen von zentraler Bedeutung sein. Und ich sehe es auch so, dass wir am Ende ein automatisiertes System brauchen, das die ganze Sache durchzieht, ohne ist es gar nicht zu leisten. Insofern treffen sich die verschiedenen Erwartungen hoffentlich bald in einem gemeinsamen neugestalteten System.

Der Antragsteller ist einverstanden, dann verweisen wir den Antrag in den Jugendhilfeausschuss zur Vorberatung der Beitragsanpassung, die wir dann im Mai in den Gemeinderat bekommen. Damit haben wir die Anträge alle abgehakt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: